

Begriff	Akronym/Kürzel	Erläuterung
Abrechnung		Zahlung des fälligen Restbetrags an einen Mitgliedstaat oder Wiedereinziehung von Mitteln bei diesem Mitgliedstaat, um ein EU-Programm abzuschließen.
Abschluss		Abrechnung eines EU-Programms durch Zahlung des fälligen Restbetrags an einen Mitgliedstaat oder Wiedereinziehung von Mitteln bei diesem Mitgliedstaat.
Agrarumwelt- oder Klimaverpflichtung		Über die üblichen Umwelthanforderungen hinausgehende Bewirtschaftungsmethode, die Landwirte wählen können und für die sie eine Zahlung aus dem EU-Haushalt erhalten.
Anweisungsbefugter		Bediensteter, dem es obliegt, die Einnahmen und Ausgaben eines Organs oder einer Einrichtung der EU auszuführen.
Aufhebung einer Mittelbindung		Annullierung einer nicht in Anspruch genommenen Mittelbindung (oder eines Teils derselben) durch die Kommission.
Auftrag zur Erlangung von Prüfungssicherheit		Auftrag an einen Prüfer zur Erteilung eines Prüfungsurteils auf der Grundlage ausreichender Prüfungsnachweise in Form von Finanzdaten oder sonstigen erlangten oder berechneten Daten. So stützt der Hof beispielsweise sein Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der EU-Ausgaben auf die Ergebnisse seiner Prüfung einer Stichprobe von Vorgängen.
Auswahl einer repräsentativen statistischen Stichprobe (Stichprobenverfahren)		Anwendung statistischer Techniken, um eine Stichprobe zu ziehen, die die Merkmale der Grundgesamtheit, aus der sie stammt, in sich vereint.
Auswirkungen		Langfristige sozioökonomische, ökologische oder finanzielle Folgen eines abgeschlossenen Projekts oder Programms.
Auszahlungsquote		Anteil der Gesamtmittel, die aus einem Finanzinstrument an die Endbegünstigten ausgezahlt wurden.
Basisprämienregelung		EU-Agrarregelung, in deren Rahmen Landwirte auf der Grundlage beihilfefähiger Flächen Zahlungen erhalten.
Begünstigter (auch: "Empfänger")		Natürliche oder juristische Person, die eine Finanzhilfe oder ein Darlehen aus dem EU-Haushalt erhält.
Beitragsvereinbarung		Vereinbarung zwischen der Kommission und einer Organisation, die Maßnahmen im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung durchführt und nachgewiesen hat, in der Lage zu sein, bei der Mittelverwaltung dieselben Maßstäbe anzulegen wie die Kommission.
Bescheinigende Stelle		Im Bereich der Agrarausgaben eine von einem Mitgliedstaat benannte öffentliche oder private Einrichtung, die die Zuverlässigkeit der jährlichen Rechnungslegung einer zugelassenen Zahlstelle sowie die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge bescheinigt.
Bescheinigungsbehörde		Von einem Mitgliedstaat benannte Stelle, die die Genauigkeit der Ausgabenerklärungen und Zahlungsanträge sowie deren Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften bescheinigt.
Bruttonationaleinkommen	BNE	Standardmaßstab für den Wohlstand eines Landes, basierend auf den im Inland und Ausland erwirtschafteten Einkommen.
Budgethilfe		Transfer von EU-Hilfe direkt an die Staatskasse eines Partnerlandes, sofern spezifische Bedingungen erfüllt sind.
Cross-Compliance		Mechanismus, nach dem die Zahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe davon abhängig gemacht werden, dass die Landwirte Anforderungen in den Bereichen Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Bodenbewirtschaftung einhalten.
Dauergrünland		Landwirtschaftliche Flächen, auf denen mehr als fünf aufeinanderfolgende Jahre lang Gras oder andere Grünfütterpflanzen angebaut werden.
De-minimis-Beihilfe		Staatliche Beihilfe, deren Betrag unterhalb der Schwelle liegt, ab der eine Genehmigung der Kommission erforderlich ist.
Direktbeihilfe/Direktzahlung		Agrarbeihilfezahlung wie beispielsweise eine flächenbezogene Beihilfe, die direkt an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe geleistet wird.
Direkte Mittelverwaltung		Verwaltung eines Fonds oder Programms der EU durch die Kommission allein im Gegensatz zur geteilten oder indirekten Mittelverwaltung.
Eigenkapitalbeteiligung (auch: "Beteiligungsinvestition" oder "Eigenkapitalbeitrag")		Investition durch Erwerb von Aktien eines Unternehmens im Gegenzug für eine Eigentumsbeteiligung und einen Gewinnanteil.
Eigenmittel		Zur Finanzierung des EU-Haushalts dienende Mittel, die sich größtenteils aus Beiträgen der Mitgliedstaaten zusammensetzen.
Endempfänger/Empfänger (auch: "Endbegünstigter")		Natürliche oder juristische Person, die eine Finanzhilfe oder ein Darlehen aus dem EU-Haushalt erhält oder letztlich von einer mit EU-Mitteln finanzierten Maßnahme profitiert.
Entkoppelte [Einkommens]Stützung		EU-Zahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe, die nicht an die Erzeugung eines bestimmten Produkts geknüpft sind.
Entlastung		Jährlicher Beschluss des Europäischen Parlaments, mit dem es der Kommission seine abschließende Zustimmung zur Ausführung des EU-Haushaltsplans erteilt.
Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans		Vorschlag der Kommission zur Änderung des EU-Haushalts im Laufe des Haushaltsvollzugs.
Ergebnis		Unmittelbarer mit Abschluss eines Projekts oder Programms eintretender Effekt, wie verbesserte Beschäftigungsfähigkeit von Kursteilnehmern oder verbesserte Zugänglichkeit nach Bau einer neuen Straße.
Ergebnisindikator		Messgröße, die anzeigt, wie die unmittelbaren Auswirkungen von geförderten Vorhaben auf die Zielgruppe zu bewerten sind.
Ermessensauswahl (Stichprobenverfahren)		Im Gegensatz zum statistischen Stichprobenverfahren ein Verfahren, bei dem der Prüfer anhand vorher festgelegter Prüfungskriterien bei der Auswahl von Elementen aus einer Grundgesamtheit zu Prüfungszwecken nach Ermessen vorgeht.
Erstattungsfähige MwSt.		Die MwSt., die ein Steuerpflichtiger von der an die Steuerbehörden abzuführenden MwSt. abziehen kann, da er diesen Betrag bereits für Waren und Dienstleistungen, die von ihm selbst erworben wurden, entrichtet hat.
Europäische Struktur- und Investitionsfonds	ESIF oder ESI-Fonds	Die fünf wichtigsten EU-Fonds, die zusammen der Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in der gesamten EU dienen: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Europäischer Sozialfonds, Kohäsionsfonds, Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und Europäischer Meeres- und Fischereifonds.
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung	EFRE	Unterliegen einem gemeinsamen Regelwerk.
Europäischer Fonds für strategische Investitionen	EFSD	EU-Fonds, der der Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU dient, indem Investitionen zur Verringerung der Ungleichgewichte zwischen den EU-Regionen finanziert werden.
Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft	EGFL	Von der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Kommission ins Leben gerufener Mechanismus zur Förderung von Investitionen, mit dem bei Projekten von strategischer Bedeutung für die EU private Mittel eingeworben werden sollen. Auch als "Juncker-Plan" bezeichnet. Nunmehr in die EIB-Gruppe integriert.
Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums	ELER	EU-Fonds zur Finanzierung von Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und von Maßnahmen zur Regulierung oder Stützung der Agrarmärkte.
Europäischer Meeres- und Fischereifonds	EMFF	EU-Fonds zur Finanzierung der finanziellen Beteiligung der EU an Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums.
Europäischer Sozialfonds	ESF	EU-Fonds, der Fischer beim Übergang zu einer nachhaltigen Fischerei und Küstengemeinden bei der Diversifizierung ihrer Wirtschaft unterstützt.
Eventualverbindlichkeit		EU-Fonds zur Schaffung von Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten und zur Verbesserung der Situation arbeitsgefährdeter Menschen.
Ex-post-Bewertung		Potenzielle Zahlungsverpflichtung, die je nach Ergebnis eines künftigen Ereignisses entstehen kann.
Fazilität "Connecting Europe"	CEF	Unabhängige Beurteilung der Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz, Relevanz und des EU-Mehrwerts eines abgeschlossenen Projekts oder Programms.
Fehler		Instrument, mit dem Investitionsprioritäten festgelegt werden und finanzielle Hilfe für die Sektoren Energie, Verkehr und Informations- und Kommunikationstechnologie bereitgestellt wird, um eine leistungsstarke, nachhaltige und vernetzte Infrastruktur zu schaffen.
Finanzhilfe		Ergebnis einer falschen Berechnung oder eine Unregelmäßigkeit, die sich aus einem Verstoß gegen die rechtlichen und vertraglichen Anforderungen ergibt.
Finanzinstrument (auch: "Finanzierungsinstrument")		Nicht rückzahlbare Zahlung, die ein Begünstigter aus dem EU-Haushalt erhält, um ein förderfähiges Projekt oder Programm durchzuführen.
Finanzkorrektur		Finanzielle Unterstützung aus dem EU-Haushalt in Form von Beteiligungsinvestitionen und beteiligungsähnlichen Investitionen, Darlehen, Bürgschaften oder anderen Risikoteilungsinstrumenten.
Finanzmittler (auch: "Finanzintermediär")		Maßnahme zum Schutz des Haushalts vor vorschriftswidrigen oder betrügerischen Ausgaben durch Herausnahme oder Wiedereinziehung von Mitteln als Ausgleich für fehlerhafte Zahlungen, die für von der EU geförderte Projekte oder Programme geleistet wurden.
Gekoppelte Stützung		Stelle, die als Bindeglied zwischen dem Fondsmanager eines Finanzinstruments und den Endbegünstigten fungiert.
Gemeinsame Agrarpolitik		EU-Zahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe, die für die Erzeugung eines bestimmten Produkts geleistet werden.
		EU-Politik, in deren Rahmen Beihilfen gewährt und eine Reihe anderer Maßnahmen durchgeführt werden, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten, den Landwirten in der EU einen angemessenen Lebensstandard zu sichern, die Entwicklung des ländlichen Raums zu fördern und die Umwelt zu schützen.

Gemeinsame Fischereipolitik		EU-Rahmen für die Verwaltung der Fischbestände und der Fischerei mit dem Ziel, die Nachhaltigkeit von Fischbeständen und ein stabiles Einkommen für die vom Fischfang lebende Bevölkerung sicherzustellen.
Gemeinsamer Überwachungs- und Bewertungsrahmen	CMEF	Vorschriften und Verfahren zur Bewertung der Leistung der Gemeinsamen Agrarpolitik.
Geografischer Beihilfeantrag (auch: "Geodaten-basierter Ansatz")	GSAA	Online-Tool für die Einreichung flächenbezogener Anträge auf Agrarbeihilfen.
Geschätzte Fehlerquote		Statistische Schätzung des Fehleranteils in einer Grundgesamtheit auf der Grundlage der Prüfung einer repräsentativen Stichprobe von Vorgängen.
Geteilte Mittelverwaltung		Methode zur Ausführung des Haushaltsplans der EU, bei der die Kommission – im Gegensatz zur direkten Mittelverwaltung – dem Mitgliedstaat Haushaltsvollzugsaufgaben überträgt, wobei sie selbst weiterhin die oberste Verantwortung trägt.
Großprojekt		Von der EU finanziertes Projekt, dessen gesamte förderfähige Kosten in einem Bereich wie Verkehr, Umwelt oder Energie über 50 Millionen Euro liegen.
Haushaltsbehörde		Begriff, der das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union bei Ausübung ihrer Entscheidungsbefugnisse in Bezug auf EU-Haushaltsfragen bezeichnet.
Haushaltsordnung		Vorschriften zur Regelung der Aufstellung und Ausführung des EU-Haushalts und der damit verbundenen Verfahren wie interne Kontrolle, Berichterstattung, Prüfung und Entlastung.
Indirekte Kosten		Ausgaben wie Gemeinkosten oder sonstige Verwaltungskosten, die ein Begünstigter im Zusammenhang mit einem EU-Projekt oder einer EU-Maßnahme tätigt.
Indirekte Mittelverwaltung		Methode zur Ausführung des EU-Haushaltsplans, bei der die Kommission anderen Einrichtungen (wie Drittstaaten und internationalen Organisationen) Haushaltsvollzugsaufgaben überträgt.
Input		Zur Implementierung eines Programms oder eines Projekts benötigte finanzielle, personelle, materielle, verwaltungstechnische oder regulatorische Mittel.
Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem	InVeKoS	Von den Mitgliedstaaten verwendetes EU-System zur Verwaltung und Kontrolle der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik an Landwirte geleisteten Zahlungen.
International Standards on Auditing	ISA	Fachliche Normen zur Darlegung der Merkmale und Verantwortlichkeiten unabhängiger Abschlussprüfer.
Jährlicher Tätigkeitsbericht	JTB	Von jeder Generaldirektion der Kommission, jedem EU-Organ und jeder Einrichtung der Union erstellter Bericht, der Aufschluss gibt über die gemessenen an den Zielen erreichten Ergebnisse sowie über den Einsatz der finanziellen und personellen Ressourcen.
Jährlichkeit		Haushaltsgrundsatz, nach dem die in den Haushaltsplan eingesetzten Einnahmen und Ausgaben für ein bestimmtes Haushaltsjahr bewilligt werden.
Kleine und mittlere Unternehmen	KMU	Größenbestimmung von Unternehmen und anderen Einrichtungen auf der Grundlage der Anzahl der beschäftigten Mitarbeiter und bestimmter finanzieller Kriterien. Kleine Unternehmen beschäftigen weniger als 50 Personen und haben einen Umsatz oder eine Bilanzsumme von höchstens 10 Millionen Euro. Mittlere Unternehmen beschäftigen weniger als 250 Personen und haben einen Umsatz von bis zu 50 Millionen Euro oder eine Bilanzsumme von bis zu 43 Millionen Euro.
KMU-Initiative		Gemeinsames Finanzinstrument der Kommission und des Europäischen Investitionsfonds (EIF), das kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Finanzierungen erleichtern soll.
Kohäsionsfonds	KF	EU-Fonds, der auf die Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede in der EU ausgerichtet ist, indem Investitionen in Mitgliedstaaten finanziert werden, deren Bruttonationaleinkommen pro Kopf weniger als 90 % des EU-Durchschnitts beträgt.
Konfidenzintervall		Statistisches Maß für die Präzision der Ergebnisse eines Stichprobenverfahrens, das bei der Schätzung einer Fehlerquote verwendet wird.
Konformitätsabschluss		Prozess, bei dem die Kommission überprüft, ob ein Mitgliedstaat die ihm zur Verfügung stehenden Mittel aus den Agrarfonds korrekt verwendet und seine Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam eingesetzt hat. Im Fall eines Verstoßes kann das Verfahren dazu führen, dass der Mitgliedstaat eine Rückzahlung leisten muss.
Konsolidierte Jahresrechnung		Zusammenführung der Jahresrechnungen sämtlicher Organe, Agenturen und Einrichtungen in einem einzigen Dokument.
Kontradiktorisches Verfahren		Verfahren, in dem Prüfungsfeststellungen der geprüften Stelle vorgelegt werden, um ihr innerhalb einer bestimmten Frist eine Erörterung und Stellungnahme zu ermöglichen.
Koordinierungsausschuss für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds		Ausschuss der Kommission mit dem Auftrag, die Umsetzung der Verordnungen über die Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) zu erörtern.
Korrekturkapazität		Von der Kommission verwendetes Maß zur Schätzung der Höhe künftiger Berichtigungen.
Kumulatives Restrisiko		Nach Vornahme sämtlicher Korrekturmaßnahmen am Ende eines Programmplanungszeitraums verbleibende vorschrittswidrige Ausgaben.
Leistungsgebundene Reserve		Im Haushaltsplan vorgesehener für Ausgaben aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds zugewiesener Betrag, der so lange zurückbehalten wird, bis bestimmte Vorgaben erfüllt sind.
Leistungsprogramm		Von einem Partnerland erstelltes und von der Europäischen Kommission genehmigtes Dokument, in dem die durchzuführenden Maßnahmen der Zusammenarbeit oder Entwicklung sowie die erforderlichen finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen dargelegt sind.
Mandat für die Darlehenstätigkeit in Drittländern		Zwischen der EU und der Europäischen Investitionsbank geschlossene Vereinbarung, mit der die EU der EIB für ihre Darlehenstätigkeit außerhalb der Union zur Unterstützung außenpolitischer Ziele Garantien gewährt.
Marktmaßnahme		Öffentliche Intervention auf den Agrarmärkten zur Abmilderung der Auswirkungen von Preisrückgängen und strukturellen Marktproblemen durch Bereitstellung sektorspezifischer Unterstützung (z. B. für Obst und Gemüse, Wein und Schmilch).
Maximal zulässige Beihilfeintensität		Gesamtbeihilfebetrags, der in einem Förderbereich ausbezahlt werden kann, ausgedrückt als Prozentsatz der förderfähigen Kosten. Die maximal zulässige Beihilfeintensität unterscheidet sich je nach Programm und hängt von Faktoren wie dem geografischen Standort ab.
Mehrwertsteuer	MwSt.	Ausgabenplan der EU, durch den in der Regel für sieben Jahre (auf der Grundlage der politischen Ziele) Prioritäten und Obergrenzen unter sechs Hauptrubriken festgelegt werden. Er bildet die Struktur für die Festsetzung der jährlichen Haushaltspläne der EU, indem er Obergrenzen für jede Ausgabenkategorie vorgibt. Der derzeitige MFR deckt den Zeitraum 2014-2020 ab.
Mehrwertsteuer	MwSt.	Indirekte Verbrauchssteuer auf die Produktion und Verteilung von Waren und die Erbringung von Dienstleistungen, die letztendlich vom Endverbraucher getragen wird.
Mittel		Der EU-Haushalt umfasst Mittel für Verpflichtungen und Mittel für Zahlungen. Mittel für Verpflichtungen bilden die Zusage, unter bestimmten Voraussetzungen Finanzmittel bereitzustellen. Mittel für Zahlungen bilden die Grundlage für die Leistung von Zahlungen, sobald die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind.
Mittel für Verpflichtungen		Jährliche Obergrenze der im EU-Haushalt verfügbaren Mittel für bestimmte Ausgabenposten.
Mittel für Zahlungen		Grundlage für die Leistung von Zahlungen, sobald die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind.
Mittelausschöpfung		Ausmaß, in dem den Mitgliedstaaten zugewiesene EU-Mittel für förderfähige Projekte verwendet wurden – oft als Prozentsatz ausgedrückt.
Mittelbindung		Vormerkung von Mitteln zur Deckung eines bestimmten Ausgabenpostens, wie einen Vertrag oder eine Finanzhilfevereinbarung. Eine Mittelbindung erfordert zugrunde liegende Mittel für Verpflichtungen.
Mittelübertragung auf das folgende Haushaltsjahr		Übertragung nicht verwendeter Haushaltsmittel von einem Haushaltsjahr auf das folgende unter bestimmten Voraussetzungen.
Monetary-Unit-Sampling	MUS	Statistische Stichprobenmethode, bei der sich die Wahrscheinlichkeit der Auswahl eines bestimmten Vorgangs proportional zu seiner Größe verhält.
Ökologisierung		Anwendung von dem Klima- und Umweltschutz förderlichen Landbewirtschaftungsmethoden. Bezieht sich häufig auch auf die diesbezügliche EU-Beihilferegelung.
Omnibus-Verordnung		Seit August 2018 geltende überarbeitete Haushaltsordnung, durch die die Finanzvorschriften der EU geändert und vereinfacht wurden und die Haushaltsführung in verschiedenen Bereichen ergebnisorientierter gestaltet wurde.
Operationelles Programm	OP	Grundlegender Rahmen für die Durchführung EU-finanzierter Kohäsionsprojekte in einem bestimmten Zeitraum, der die Prioritäten und Ziele widerspiegelt, welche in Partnerschaftvereinbarungen zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten festgelegt wurden.
Ordnungsmäßigkeit		Grad der Übereinstimmung eines Vorgangs mit den maßgebenden Rechtsvorschriften und Verordnungen.
Output		Was mithilfe eines EU-finanzierten Projekts erzeugt oder erreicht wird, wie z. B. abgehaltene Weiterbildungskurse, errichtete Kläranlagen oder gebaute Straßenkilometer.
Partnerschaftvereinbarung/Partnerschaftsabkommen	..	Vereinbarung/Abkommen zwischen der Kommission und einem Mitgliedstaat oder einem Drittland im Rahmen eines EU-Ausgabenprogramms, in dem beispielsweise Strategiepläne, Investitionsprioritäten oder die Bedingungen für den Handel oder die Bereitstellung von Entwicklungshilfe festgelegt werden.
Prioritätsachse		Im Bereich der Kohäsionspolitik eine oder mehrere Investitionsprioritäten, die einem Schlüsselziel eines operationellen Programms entsprechen.
Programmbehörden		Sammelbegriff für Verwaltungsbehörden, Bescheinigungsbehörden und Prüfbehörden im Kohäsionsbereich.
Programmplanungszeitraum		Für die Planung und Durchführung eines EU-Ausgabenprogramms maßgeblicher Zeitraum.
Prüfbehörde		Unabhängige nationale Stelle, die für die Prüfung der Systeme und Vorhaben eines EU-Ausgabenprogramms zuständig ist.

Quantifizierbarer Fehler		Vom Hof bei der Berichterstattung über die Ergebnisse der Vorgangsprüfung verwendete Einstufung, wenn der fehlerbehaftete Betrag eines Vorgangs beziffert werden kann.
Rechnungsabschluss		Jährliches Verfahren, bei dem die Kommission die von Durchführungsstellen und Partnern für Zahlungen beantragten Beträge nach Kontrollen annimmt.
Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit/Ordnungsmäßigkeit		Übereinstimmung mit EU- (oder einschlägigen nationalen) Vorschriften oder vertraglichen Verpflichtungen. In 10 Mitgliedstaaten übergangsweise angewendete flächenbezogene Agrarbeihilferegelung, bei der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe pro Hektar einen Standardbeihilfebetrag erhalten. In allen anderen Mitgliedstaaten wird die Basisprämienregelung angewendet.
Regelung für die einheitliche Flächenzahlung		Statistische Schätzung des Fehleranteils in einer Grundgesamtheit auf der Grundlage der Prüfung einer repräsentativen Stichprobe von Vorgängen aus dieser Grundgesamtheit.
Repräsentative Fehlerquote		Der Anteil einer Grundgesamtheit, der nach Berücksichtigung der Auswirkungen sämtlicher Kontrollverfahren, Einziehungen und Korrekturen als nicht vorschriftsgemäß erachtet wird.
Restfehlerquote/Restrisikoquote/verbleibende Gesamtfehlerquote	..	Im Rechnungswesen Begriff für die beste Schätzung einer in der Bilanz erfassten zukünftigen Verbindlichkeit, deren Fälligkeit oder Höhe ungewiss ist.
Rückstellung		Direkte oder indirekte staatliche Unterstützung eines Unternehmens oder einer Organisation, durch die diesen gegenüber anderen im selben Bereich tätigen Akteuren ein Wettbewerbsvorteil entsteht. Die EU verfügt über Vorschriften zur Regelung der staatlichen Beihilfen, um eine Verzerrung des Binnenmarkts zu vermeiden. Die Kommission beaufsichtigt die Einhaltung dieser Vorschriften.
Staatliche Beihilfen		Auf Statistiken beruhende Stichprobenmethode, die bei der Prüfung zur Anwendung kommt, um repräsentative Ergebnisse zu erzielen.
Statistisches Stichprobenverfahren		Im Jahr 2010 aufgelegte zehnjährige Strategie der Europäischen Union zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung.
Strategie Europa 2020		Datenbank für landwirtschaftliche Flächen in den Mitgliedstaaten, die bei der Zahlung von Direktbeihilfen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und bei den Förderfähigkeitskontrollen der von den Betriebsinhabern gestellten Anträge verwendet wird.
System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen	LPI	Ansatz, wonach der Prüfer auf der Grundlage der im Zuge der Prüfung erlangten ausreichenden Prüfungsnachweise eine Würdigung der von der geprüften Stelle aufbereiteten Finanzdaten, sonstigen Daten oder konkreten Aussagen vornimmt.
Testatorientierte Prüfung		Aufgrund von Zöllen und Zuckerabgaben erhobene EU-Einnahmen.
Traditionelle Eigenmittel	TEM	Ein Mechanismus zum Kapazitätsaufbau in bestimmten Fachbereichen, wodurch eine öffentliche Stelle in einem Partnerland Unterstützung von einer entsprechenden Stelle in einem EU-Mitgliedstaat erhält.
Twinning		Instrument zur Sicherstellung der Kontinuität der Finanzierung von einer EU-Förderregelung zur nächsten. Vorläufer der Beitragsvereinbarung, wurde mit Inkrafttreten der Haushaltsordnung von 2018 ersetzt.
Überbrückungsfazilität		Verstoß gegen EU- (oder einschlägige nationale) Vorschriften oder vertragliche Verpflichtungen.
Übertragungsvereinbarung (überholt)		Ansatz zur Bestimmung der Höhe einer Finanzhilfe, bei dem nicht die dem Begünstigten tatsächlich entstandenen Kosten, sondern Methoden wie standardisierte Einheitskosten, Pauschalfinanzierungen oder Pauschalbeträge verwendet werden. Soll den Verwaltungsaufwand verringern.
Unregelmäßigkeit		Beschaffung von Waren, Dienstleistungen und Bauleistungen durch öffentliche Stellen im Wege offener und wettbewerbsorientierter Verfahren, um Qualität und das beste Preis-Leistungs-Verhältnis zu erzielen.
Vereinfachte Kostenoption	VKO	Verordnung, die die Vorschriften für die fünf Europäischen Struktur- und Investitionsfonds enthält und ihre wirksame Koordinierung sicherstellt.
Vergabe öffentlicher Aufträge (auch: "öffentliche Auftragsvergabe")		Verfahren zur Einleitung rechtlicher Schritte gegen einen EU-Mitgliedstaat, der seinen Pflichten gemäß EU-Recht nicht nachkommt, durch die Kommission.
Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen (auch: "Dachverordnung")		Von einem Mitgliedstaat benannte nationale, regionale oder lokale (öffentliche oder private) Stelle, die ein mit EU-Mitteln finanziertes Programm verwaltet.
Vertragsverletzungsverfahren		Von einem Generaldirektor in seiner im Jährlichen Tätigkeitsbericht abgegebenen Zuverlässigkeitserklärung signalisierte Mängel.
Verwaltungsbehörde		Vorschuss zur Finanzierung genau festgelegter Tätigkeiten in einem bestimmten Zeitraum.
Vorbehalt		In der EU-Rechnungslegung erfasster Geschäftsvorfälle wie etwa eine geleistete Zahlung oder eingegangene Einnahmen.
Vorfinanzierungszahlung		Überschreiten die in einer Prüfungspopulation oder einem Jahresabschluss aufgedeckten Unregelmäßigkeiten diese Schwelle, so wird davon ausgegangen, dass die Richtigkeit und Zuverlässigkeit beeinträchtigt ist.
Vorgang		In der konsolidierten Jahresrechnung der EU ausgewiesenes Ergebnis des Jahres, das der Differenz zwischen Einnahmen und Aufwendungen entspricht.
Wesentlichkeitsschwelle		Ausmaß, in dem eine Maßnahme, ein Projekt oder Programm, die/das von der EU finanziert wurde, ihre/seine Ziele erreicht hat und ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis bietet.
Wirtschaftliches Ergebnis		Verwaltung der Mittel im Einklang mit den Grundsätzen der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit.
Wirtschaftlichkeit (auch: "Leistung")		Von einem Mitgliedstaat mit der Verwaltung von EU-Agrarausgaben beauftragte Stelle.
Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung		Übertragbarer Anspruch, der einem aktiven Betriebsinhaber das Recht auf EU-Unterstützung gibt, wenn er zusammen mit einer beihilfefähigen landwirtschaftlichen Fläche angemeldet wird.
Zahlstelle		Im Jahresbericht des Hofes veröffentlichte Erklärung, die sein Prüfungsurteil in Bezug auf die Zuverlässigkeit der Jahresrechnung der EU sowie die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge enthält.
Zahlungsanspruch		Dem EU-Haushalt zugeführte Mittel (z. B. Geldbußen und Korrekturen sowie Finanzbeiträge von Drittländern für Forschungsprogramme), die nur für einen genau bestimmten Zweck verwendet werden können.
Zuverlässigkeitserklärung	DAS	Für EU-Projekte oder -Programme werden oft mehrere Zahlungen geleistet: Vorschuss-, Zwischen- und Abschlusszahlungen. Begünstigte stellen Anträge auf Zwischenzahlungen, wenn ein im Vertrag oder in der Finanzhilfvereinbarung genanntes Etappenziel erreicht ist.
Zweckgebundene Einnahmen		
Zwischenzahlung		